

die radikale Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen sowie der taktischen Kernwaffen in Europa bei entsprechender Senkung der Militärausgaben fassen sollte. In solchen Verhandlungen wäre auch eine Reihe vorrangiger Maßnahmen im Zusammenhang mit der Verminderung der militärischen Konfrontation und Abwendung der Gefahr eines Überraschungsangriffs, zum beiderseitigen Abzug der gefährlichsten Offensivwaffen aus dem unmittelbaren Berührungsbereich beider Militärbündnisse als auch zur Verringerung der Konzentration der Streitkräfte und Rüstungen in diesem Raum auf einen vereinbarten minimalen Stand zu erörtern.

Das beste Forum zur Verhandlung dieser Fragen wäre die zweite Etappe der Konferenz über Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa. Gleichzeitig sind auch andere Varianten möglich, um Fragen der Abrüstung, vor allem im Rahmen des gesamteuropäischen Prozesses, einschließlich der Einberufung eines speziellen Forums, zu erörtern.

Die verbündeten sozialistischen Staaten messen den inoffiziellen Konsultationen in Wien zwischen Vertretern der Länder der NATO und des Warschauer Vertrages, die zur Erarbeitung des Mandats für künftige Verhandlungen beitragen sollen, große Bedeutung bei.

In Bekräftigung ihres guten Willens und im Interesse bester Bedingungen für künftige Verhandlungen erklären die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages ihre Bereitschaft, in bezug auf die Entwicklung ihrer Militärpotentiale äußerste Zurückhaltung zu üben, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die Streitkräfte und konventionellen Rüstungen nicht aufzustocken und für 1 bis 2 Jahre ein Moratorium für die Rüstungsausgaben zu verkünden. Sie rufen die NATO-Länder zu gleichem Herangehen auf.

5. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages messen Schritten zur Minderung der militärischen Konfrontation und zu größerer Sicherheit in einzelnen Regionen Europas, der Schaffung von kernwaffen- und chemiewaffenfreien Zonen auf dem Balkan, im Zentrum und Norden des Kontinents große Bedeutung bei. Sie bekräftigen ihr entschiedenes Streben nach Verwirklichung der diesbezüglichen Vorschläge der DDR und der ČSSR, der SRR und der VRB.

Entsprechend den Vorschlägen der DDR und der ČSSR zur Schaffung eines kernwaffenfreien Korridors entlang der Trennlinie zwischen Warschauer Vertrag und NATO in einer Breite von 300 km (150 km auf jeder Seite) wären aus diesem Korridor auf der Basis der Gegenseitigkeit alle Kernwaffen abzuführen, d. h. Kernmunition, einschließlich Kernminen, operativ-taktische und taktische Raketen, Atomartillerie, kernwaffentragende taktische Angriffsfliegerkräfte als auch Fla-Raketen-Komplexe, die für den Einsatz von Kernwaffen geeignet sind.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sprechen sich ebenfalls dafür aus, den multilateralen Dialog über die Schaffung einer kernwaffen- und chemiewaffenfreien Zone auf dem Balkan fortzusetzen und zu vertiefen.